

## **Redebeitrag zum Neubau eines Flüchtlingsheims BV 0979/17 und BV 0979/17/1**

In der letzten Woche habe ich im Haupt- und Finanzausschuss einige Aspekte zum Thema formuliert und hier in einem Positionspapier dargestellt. Alle meine dort geäußerten Bedenken haben weiter Bestand.

Nach der ersten kontroversen Diskussion der Vorlage am 13.09. im ASBV wurde diese sprachlich leicht überarbeitet und aufpoliert. Der Inhalt ist dabei nahezu gleich geblieben.

Normalerweise laufen Projekte oder Investitionen dieser Größenordnung wie folgt ab:

1. Man erkennt ein Problem.
2. Man sucht gemeinsam nach Lösungen, wägt für und wider sorgfältig ab und prüft Alternativen.
3. Man kommt zu einer Entscheidung.

Im Falle des Neubaus an der Kamener Straße läuft das aber anders.

Ein mögliches Problem wird erkannt, welches dann der Politik, zusammen mit einer fertigen Lösung im Eilverfahren präsentiert wird. Des weiteren wird Druck aufgebaut. Man stellt die Aussicht auf billiges oder teilweise geschenktes Geld als einmalige Gelegenheit dar und untermauert damit die vermeintliche Alternativlosigkeit der favorisierten Planung. Man plant bereits wesentliche Dinge wie Baugenehmigung, Wohnraumförderung und Ausschreibungsverfahren. Dann erklärt man uns hier, das alles sei natürlich ergebnisoffen und stelle noch keine Vorentscheidung für die tatsächliche Umsetzung dar.

Meine Damen und Herren, ich denke wir sollten ehrlich gegenüber den Bürgern dieser Stadt, aber auch gegenüber uns selbst sein. Wenn wir heute dieser Planung zustimmen, wird das Projekt natürlich auch so durchgezogen. Die meisten hier wissen das auch.

In der jetzt vorliegenden Beschlussvorlage werden

- Alternativen zu einem Neubau weder geprüft noch dargestellt,
- keine wirklich nachvollziehbaren und belastbaren Kostenvergleiche zwischen Sanierung des Altbestandes und der Neubaumaßnahme angestellt,

- keine Kostendarstellung der Gesamtmaßnahme inklusive Nebenkosten und Wohnungseinrichtungen geliefert,
- keine Finanzierung hinreichend klar dargestellt. Mir stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach einem möglicherweise erforderlichen Nachtragshaushalt.

Der Löwenanteil der Baukosten soll durch den Verkauf eines städtischen Grundstückes an eine städtische Gesellschaft gestemmt werden. Der Rest, wieviel ist unklar, soll aus noch nicht bewilligten Förderkrediten und diversen Umschichtungen im Haushalt ausgeglichen werden. Tut mir leid, das reicht mir so nicht.

Ich denke, wir sollten uns mehr Zeit für die Planung nehmen und erst einmal die politischen Rahmenbedingungen und Neuentwicklungen abwarten. In Düsseldorf fängt eine gerade neu gebildete Landesregierung so langsam mit dem Regierungsgeschäft an und hat als erste Maßnahme erst einmal die Aufnahme von zusätzlichen Krediten in Höhe von ca. 1,6 Mrd. Euro angekündigt. In Berlin wird die Regierungsbildung möglicherweise noch Monate in Anspruch nehmen. Wenn sich Schwarz, Pechschwarz, Gelb und Grün nicht einigen können und die SPD bei ihrem „Nein“ zur Regierungsbeteiligung bleibt, wird vermutlich nahtlos wieder in den Wahlkampfmodus umgeschaltet. Nach kurzfristigem Geld für die Kommunen hört sich das alles nicht an.

Die Bauministerin NRW hat gerade erst gestern verkündet, dass in den nächsten Jahren nahezu ein Viertel der ohnehin schon knappen Sozialwohnungen durch Wegfall der Bindung verloren gehen.

Was wir brauchen ist eine Übergangsregelung für kurzfristig auftretende Engpässe bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Ansonsten müssen alle unsere Anstrengungen in die Schaffung sozialen Wohnraums gehen, der dann allen bedürftigen Wohnungssuchenden zur Verfügung steht. Neue Wohnheime lösen unser Problem nicht.

Klaus Göldner  
FLU Fraktionsvorsitzender